

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. April 2014
– Drucksache 15/5130**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 18: Organisation und Arbeitsweise der
Amtsbetriebsprüfung**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 28. April 2014 – Drucksache 15/5130 – Kenntnis zu nehmen.

28. 05. 2014

Der Berichterstatter:

Tobias Wald

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/5130 in seiner 45. Sitzung am 28. Mai 2014.

Der Berichterstatter legte dar, auf den beiden letzten Seiten der vorliegenden Drucksache vergleiche die Landesregierung für das Jahr 2013 die Turnusse bei der Außenprüfung von Mittel- und Kleinbetrieben in Baden-Württemberg mit den entsprechenden Ergebnissen dreier anderer Bundesländer. Baden-Württemberg verzeichne bei dieser Darstellung jeweils die besten Werte. Um die Entwicklung besser vergleichen zu können, bitte er die Landesregierung aber darum, ergänzend noch die Werte für 2011 und 2012 zu liefern.

Die Prüfungsturnusse in Baden-Württemberg hätten sich verringert, diesbezügliche Zielvereinbarungen seien eingehalten worden. Das Land befinde sich damit auf einem guten Weg. Allerdings sei die Situation noch immer nicht ganz zufried-

Ausgegeben: 16.06.2014

1

denstellend. Deshalb beantrage er, die Landesregierung zu ersuchen, dem Landtag bis zum 30. April 2015 erneut zu berichten. Dabei solle die Landesregierung auch die Frage beantworten, ob die für 2014 getroffenen Zielvereinbarungen eingehalten worden seien.

Ein Abgeordneter der SPD unterstrich, wie der Bericht der Landesregierung zeige, hätten sich die Turnusspannen in Baden-Württemberg deutlich reduziert und seien hierbei große Fortschritte erzielt worden. Auch stelle sich die Situation im Vergleich zu der in anderen Bundesländern nicht schlecht dar. Baden-Württemberg befinde sich in der Tat auf einem guten Weg.

Seine Fraktion betrachte den Beitrag Nr. 18 der Rechnungshofdenkschrift 2008 als parlamentarisch erledigt und halte einen neuen Bericht nicht für erforderlich. Um im Übrigen die Turnusspannen weiter zu verkürzen, bedürfe es auch mehr Personal in den Finanzämtern. Auf diese Konsequenz müsse hingewiesen werden.

Eine Abgeordnete der Grünen fügte an, auch ihre Fraktion sehe das Land auf einem guten Weg und erachte einen neuen Bericht nicht als notwendig. Abgesehen davon habe sie die Aussagen des Berichterstatters gern zur Kenntnis genommen, aus denen hervorgehe, dass die CDU im Grunde für mehr Betriebsprüfungen sei, um die Turnusse weiter zu verkürzen. Dies bedeute, dass die CDU für das Ausbringen von zusätzlichen Stellen in der Finanzverwaltung eintrete und entsprechenden Anträgen der Regierungskoalition zustimmen werde.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs teilte auf Bitte des Berichterstatters mit, die Personalstärke der Betriebsprüfungsstellen, die für die Prüfung von mittelgroßen Betrieben zuständig seien, habe offensichtlich nicht genügt, um in diesem Bereich ein zufriedenstellendes Ergebnis beim Prüfungsturnus zu erzielen. Daher seien die originär für die Prüfung von Klein- und Kleinstbetrieben zuständigen Amtsbetriebsprüfungsstellen in den letzten Jahren intensiv für die Prüfung von Mittelbetrieben mit herangezogen worden. Dadurch habe sich der Prüfungsturnus bei den Klein- und Kleinstbetrieben verschlechtern müssen.

Die Situation bei den Amtsbetriebsprüfungsstellen reiche nach Ansicht des Rechnungshofs noch nicht aus. Auch beziehe sich der vorliegende Bericht der Landesregierung überwiegend auf den Bereich der Mittelbetriebe. Aus Gründen der Steuergerechtigkeit und angesichts der Vielzahl an Betrieben halte es der Rechnungshof für wünschenswert, wenn der Ausschuss die Entwicklung über ein weiteres Jahr verfolgen würde und die Landesregierung im nächsten Frühjahr u. a. darüber berichtete, wie sich die inzwischen vorgenommene Erhöhung des Personalstands im Bereich der Außenprüfung auf den Prüfungsturnus ausgewirkt habe.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft schlug vor, das formale Berichtsverfahren zu beenden und bei Bedarf Fragen über die Einbringung einer parlamentarischen Initiative beantworten zu lassen.

Der Berichterstatter erklärte sich damit einverstanden.

Die Vertreterin des Rechnungshofs fragte, ob sie das vom Berichterstatter eingangs vorgebrachte Anliegen richtig verstanden habe, dass die Landesregierung im nächsten Jahr berichte, wie sich der Prüfungsturnus bei den Kleinbetrieben verändert habe.

Der Berichterstatter bejahte dies.

Der Ausschussvorsitzende stellte klar, nach seinem Verständnis habe der Minister vorgeschlagen, die parlamentarische Behandlung des Beitrags Nr. 18 der Rechnungshofdenkschrift 2008 jetzt abzuschließen und bei Bedarf offene Fragen über eine gesonderte parlamentarische Initiative zu klären.

Nachdem der Minister dies bestätigt hatte, kam der Ausschuss ohne förmliche Abstimmung zu der Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/5130 Kenntnis zu nehmen.

13. 06. 2014

Tobias Wald